

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**4. April 2022
1 von 2**Kassel ist bereit – Geflüchtete aus der Grenzregion zwischen Polen und Belarus aufnehmen!**Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.322 -**➤ Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel bekennt sich zu ihrem Ziel, Menschen, die ihre Heimat durch Flucht verlassen mussten, bei uns willkommen zu heißen. Das Menschenrecht auf Asyl darf niemals außer Kraft gesetzt werden, auch nicht an den europäischen Außengrenzen. Die Stadt Kassel sieht mit großer Sorge die aktuelle Situation von Geflüchteten, die versuchen aus Belarus nach Polen einzureisen, im Grenzgebiet stranden und denen allenfalls unzureichende humanitäre Versorgung zukommt.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung dazu auf, die Aufnahme von Geflüchteten, die in Polen ankommen zu ermöglichen und dabei auch diejenigen Kommunen zu berücksichtigen, die ihre Aufnahmebereitschaft bereits verkündet haben.

Eine schnelle und adäquate Versorgung der geflüchteten Menschen ist sicherzustellen. „Pushbacks“ wie aktuell an der polnisch-belarussischen Grenze sind eine Verletzung der Menschenrechte und müssen unter allen Umständen vermieden werden.

Kassel ist sicherer Hafen und bereit, im Rahmen von zusätzlichen humanitären Aufnahmeprogrammen oder Resettlementprogrammen Geflüchtete – über die regulären Verteilquote hinaus - aufzunehmen.

Wir bitten den Magistrat, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass Landesaufnahmeprogramme geschaffen werden. Die kommunale Bereitschaft über die regulären Verteilquoten hinaus Geflüchtete aufzunehmen, soll hierbei berücksichtigt werden.

Zusätzlich bitten wir den Magistrat, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass humanitäre Nothilfeorganisationen, Rechtsanwälte und Menschenrechtsorganisationen unverzüglich Zugang zu den Schutzsuchenden

auf beiden Seiten der Grenze und in den polnischen Haftlagern bekommen um diese zu versorgen. Die Stadtverordnetenversammlung weist darauf hin, dass dieser Zugang Voraussetzung ist zur Einhaltung der Menschenrechtskonvention und Völker- und unionsrechtlichen Bestimmungen. 2 von 2

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Die Linke, Stadtverordnete Dr. Hoppe und Rieger

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Gleuel

Enthaltung: --

Abwesend: Stadtverordneter Klobuczynski
den

Beschluss

Der geänderte Antrag der Fraktion Die Linke betr. Kassel ist bereit - Geflüchtete aus der Grenzregion zwischen Polen und Belarus aufnehmen!, 101.19.322, wird **abgelehnt**.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin